

24.11.2021

Vielversprechender Koalitionsvertrag: Queerpolitischer Aufbruch kommt

Nationaler Aktionsplan, Selbstbestimmungsgesetz, Abstammungsrechtsreform, Diskriminierungsschutz und Hasskriminalitätsbekämpfung

*SPD, Grüne und FDP haben heute ihren vereinbarten Koalitionsvertrag vorgestellt. Dazu erklärt **Henny Engels, Mitglied im Bundesvorstand des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD)**:*

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) sieht in dem vorgestellten Koalitionsvertrag den geforderten queerpolitischen Aufbruch. Er beinhaltet [zentrale Vorhaben mit vielversprechender Signalwirkung](https://www.lsvd.de/de/ct/6303-welche-queerpolitischen-vorhaben-stehen-im-koalitionsvertrag-der-ampel-) [https://www.lsvd.de/de/ct/6303-welche-queerpolitischen-vorhaben-stehen-im-koalitionsvertrag-der-ampel-] . Die von den Ampelparteien vereinbarten Ziele versprechen eine spürbare Verbesserung der Rechte von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI). Dazu gehören vor allem ein nationaler Aktionsplan gegen LSBTI-Feindlichkeit, ein expliziter verfassungsrechtlicher Diskriminierungsschutz in Artikel 3 des Grundgesetzes, eine Reform des Familien- und Abstammungsrechts für Regenbogenfamilien sowie die [Ersetzung des demütigenden Transsexuellengesetzes durch eine menschenrechtskonforme Anerkennung geschlechtlicher Selbstbestimmung](https://www.lsvd.de/de/ct/6417-statt-reform-transsexuellengesetz-tsg-abschaffen-und-durch-ein-selbstbestimmungsgesetz-ersetzen-) [https://www.lsvd.de/de/ct/6417-statt-reform-transsexuellengesetz-tsg-abschaffen-und-durch-ein-selbstbestimmungsgesetz-ersetzen-] .

Die neue Bundesregierung hat große Aufgaben: einen wirksamen Klimaschutz, die Bewältigung der Corona-Pandemie, schwierige außenpolitische Herausforderungen und die Pflicht, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Das heißt: Ungerechtigkeiten beseitigen, Menschenrechte schützen, Respekt und Vielfalt stärken. Die Verwirklichung von Gleichberechtigung, ein besserer Diskriminierungsschutz und wirksame Maßnahmen gegen Hass und Hetze dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Bereits in den Antworten auf die [LSVD-Wahlprüfsteine](https://www.lsvd.de/de/ct/5020-bundestagswahl-was-wollen-die-parteien-fuer-lesben-schwule-bisexuelle-trans-und-intergeschlechtliche-menschen-erreichen-) [https://www.lsvd.de/de/ct/5020-bundestagswahl-was-wollen-die-parteien-fuer-lesben-schwule-bisexuelle-trans-und-intergeschlechtliche-menschen-erreichen-] gab es große Übereinstimmungen bei den drei Parteien. Auf unserem Verbandstag kurz nach der Bundestagswahl forderten wir mit dem [Beschluss "Queerpolitischer Aufbruch 2021"](https://www.lsvd.de/de/ct/6027-queerpolitischer-aufbruch-2021-ein-sofortprogramm-fuer-die-neue-bundesregierung-) [https://www.lsvd.de/de/ct/6027-queerpolitischer-aufbruch-2021-ein-sofortprogramm-fuer-die-neue-bundesregierung-] ein Sofortprogramm für die neue Bundesregierung und haben einen Fahrplan für die ersten 100 Tage vorgeschlagen. Dieser Beschluss ging an die Parteispitzen der Ampelparteien. Zudem haben wir alle Verhandler*innen aus den relevanten Arbeitsgruppen angeschrieben und sie gebeten, unsere Forderungen zu berücksichtigen und einzubringen.

Hintergrund

[Abstammungsrecht, Selbstbestimmungsgesetz, Antidiskriminierung, Bekämpfung von Queerfeindlichkeit: Welche queerpolitischen Vorhaben stehen im Koalitionsvertrag der Ampel?](#)

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Pressemitteilung



[<https://www.lsvd.de/de/ct/6303-welche-queerpolitischen-vorhaben-stehen-im-koalitionsvertrag-der-ampel->]

Queerpolitischer Aufbruch 2021: Ein Sofortprogramm für die neue Bundesregierung. Beschluss des 33. LSVD-Verbandstags [<https://www.lsvd.de/de/ct/6027-queerpolitischer-aufbruch-2021-ein-sofortprogramm-fuer-die-neue-bundesregierung>]

Bundestagswahl: Was wollen die Parteien für Lesben, Schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen erreichen [<https://www.lsvd.de/de/ct/5020-bundestagswahl-was-wollen-die-parteien-fuer-lesben-schwule-bisexuelle-trans-und-intergeschlechtliche-menschen-erreichen>]

Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.